

Besoldungsrunde 2015

Hintergrundinformationen

Die Zeit lässt sich nicht
anhalten – man kann sie
nur erfolgreich nutzen!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sich rechtzeitig vorzubereiten, ist eine wichtige Voraussetzung, um ein gutes Ergebnis bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen mit den Ländern und zur Besoldungsrunde für Beamtinnen und Beamte in Landes- und Kommunalverwaltungen zu erzielen.

Dabei liegt die Besoldungsrunde im Jahre 2013 vielen von uns noch schwer im Magen. Lediglich zwei der sechzehn Bundesländer hatten das damalige Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Begründet wurden diese einschneidenden Maßnahmen mit dem Zwang zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Wir sahen dieses Vorgehen als Verstoß gegen das Alimentationsprinzip an und bekamen u. a. vom Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen Recht. Dort muss nun seitens der Politik nachgesteuert werden.

Bemerkenswert ist auch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Sachen Streikrecht. In der Entscheidung heißt es wörtlich „Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifab-

schlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“

Das ermutigt uns, zieht aber keinen Automatismus nach sich. Es bleibt dabei: Wer eine anständige Erhöhung von Besoldung und Versorgung möchte, muss sich auch dafür einsetzen. Es gibt keine Selbstverständlichkeit einer Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich und erst recht nicht für deutliche Einkommensverbesserungen.

Diese Broschüre beschreibt die zu erwartenden wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen für die bevorstehende Besoldungsrunde und zeigt Möglichkeiten der Beteiligung auf.

Auf geht's – wir haben es selbst in der Hand!

**Mit freundlichen Grüßen
Klaus Weber**

Bereichsleiter Beamtinnen und Beamte



Stets aktuell – Informationen für Beamtinnen
und Beamte: www.beamte.verdi.de



Ausgangslage zur Besoldungsrunde 2015

Die letzte Besoldungsrunde im Jahre 2013 war, um es auf den Punkt zu bringen, mit Ausnahme in Bayern und Hamburg, kein Ruhmesblatt für uns. Die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder als Arbeitgeber für die Tarifbeschäftigten der Länder hat erstmalig nicht einmal

eine Empfehlung an die Länder zur Übertragung des Tarifergebnisses auf dem Beamtenbereich gegenüber den Landesregierungen ausgesprochen.

In vierzehn Bundesländern wurde entweder zeitlich eine Besoldungsanpas-

sung verschoben oder aber es erfolgte gar eine inhaltliche Abkopplung vom Tarifergebnis. Die mangelnden Beteiligungsrechte wurden vom Gesetzgeber vielfach dazu genutzt, um auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten Einsparungen vorzunehmen.

Besoldungsentwicklung Länder

Tarifergebnis Jahre 2013–2014



Einkommen:

- Rückwirkend zum 1. Januar 2013: +2,65 %
- Ab dem 1. Januar 2014: +2,95 %
- Azb.-Vergütung: Rückwirkend zum 1. Januar 2013: +50 € mtl.
- Ab dem 1. Januar 2014: +2,95 %

Urlaubstage:

- Urlaub: Ab dem 1. Januar 2013: 30 Tage für alle
- Für Auszubildende: 27 Tage

Feuerwehr:

- Beamtenrechtliche Regelungen einer Erhöhung der Feuerwehruzulage werden auf Tarifbeschäftigte übertragen.

Jahre 2011–2012

Hier gelang uns in fast allen Ländern eine vollständige Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich.

Besoldung Land und Kommune

Lediglich Bayern und Hamburg haben das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich übertragen.

- Andere Länder haben den Beamtenbereich zeitlich abgekoppelt oder ganze Beamtengruppen ausgeschlossen.
- Schleswig-Holstein hat bislang als einziges Land die Feuerwehruzulage erhöht.
- Urlaubstage konnten in allen Ländern erhöht werden.

Der von vielen Beamtinnen und Beamten deutlich gemachte Unmut über dieses Vorgehen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG 2 C 1.13 vom 27.02.2014) zum Alimentationsprinzip geben Anlass zur Hoffnung, dass sich die Landesregierungen im kommenden Jahr anders verhalten werden. Doch eine absolute Gewissheit ist das nicht. Schließlich gibt es einerseits keine höchstrichterliche Rechtsprechung zur Übertragungspflicht eines Tarifergebnisses, und die Einhaltung der verfassungsrechtlich geregelten Schuldenbremse bis Ende 2019 ist andererseits kein Grund, um untätig zu verharren.

Ausschnitt aus der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG 2 C.1.13):

„...den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes kommt aufgrund des Alimentationsgrundsatzes nach Art. 33 Abs. 5 GG maßgebende Bedeutung für die Beamtenbesoldung zu. Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“

Auseinanderklaffen der Besoldung

Zur Beschreibung der Ausgangslage für die anstehende Besoldungsrunde für den Beamtenbereich in Landes- und Kommunalverwaltungen gehört auch ein Blick auf die sich immer weiter auseinanderentwickelnde Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Vergleich der Bundesländer und im Vergleich zum Bund. Trotz gleicher Aufgabenstellung und Verantwortung klafft eine Lücke von bis zu 18,5 Prozent Jahresbesoldung.

► Siehe DGB Besoldungsreport 04/2014

Wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung

Die Statistik zeigt die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Deutschland in den Jahren 2013 und

2014 sowie eine Prognose für das kommende Jahr auf. Das BIP gibt den Gesamtwert aller Güter, d.h. Waren und

Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres, in einer Volkswirtschaft hergestellt wurden.

Konjunkturelle Entwicklung

Konjunktur



Bruttoinlandsprodukt (BIP)

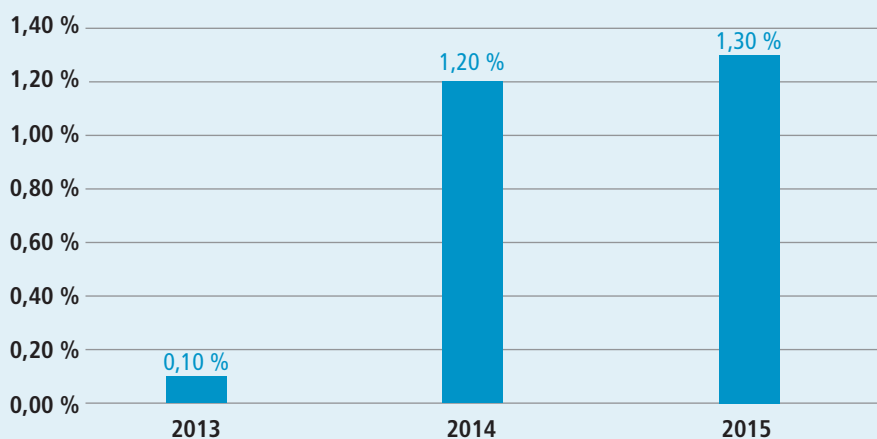


Europa



Wirtschaft gesamt

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

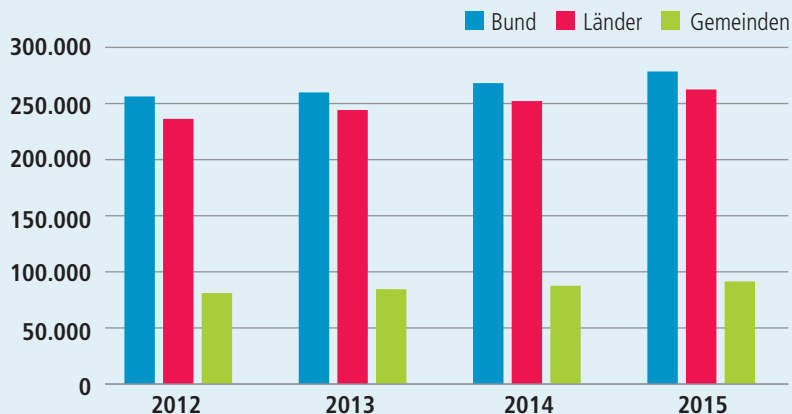


Quelle: Konjunkturdaten: Prognose des DIW Berlin | Konjunktureinschätzung: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim

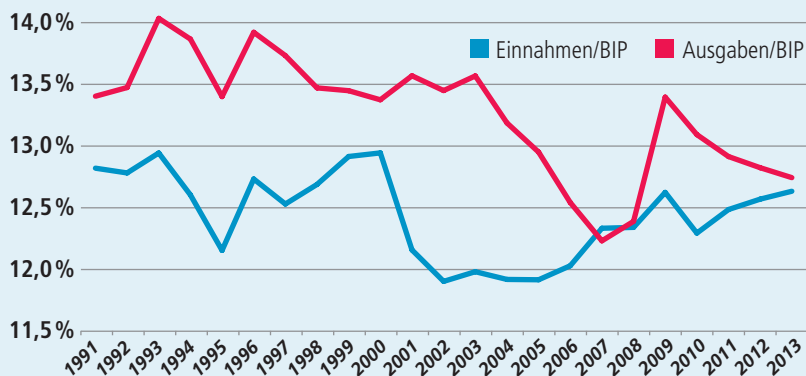
Entwicklung

- Das wirtschaftliche Umfeld ist noch immer von großer Unsicherheit geprägt. Das Risiko einer Sanktionsspirale mit Russland bestehe fort und die Konjunktur der Eurozone entwickle sich weiterhin enttäuschend.
- Deutschlands wichtigste Handelspartner in der Eurozone, allen voran Frankreich, verharren in der Stagnation.
- Für 2015 senkte die Bundesregierung die Prognose von 2,0 Prozent auf 1,3 Prozent.
- Die Industriestaaten-Organisation (OECD) senkte ihre Prognose für das Wachstum von Europas größter Volkswirtschaft für 2014 und 2015 auf jeweils 1,5 Prozent, nachdem sie bislang von 1,9 und 2,1 Prozent ausgegangen war.
- Italien, Frankreich, Polen: Mehrere EU-Staaten fordern Konjunkturprogramme zur Stützung der schwächelnden Wirtschaft. Finanzminister Schäuble will zwar auch Investitionen, aber nicht vom Staat. Er geißelt den mangelnden Reformeifer.

Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden – Steuerschätzung (in Mrd. Euro)



Quelle: Steuerschätzung, Bundesfinanzministerium

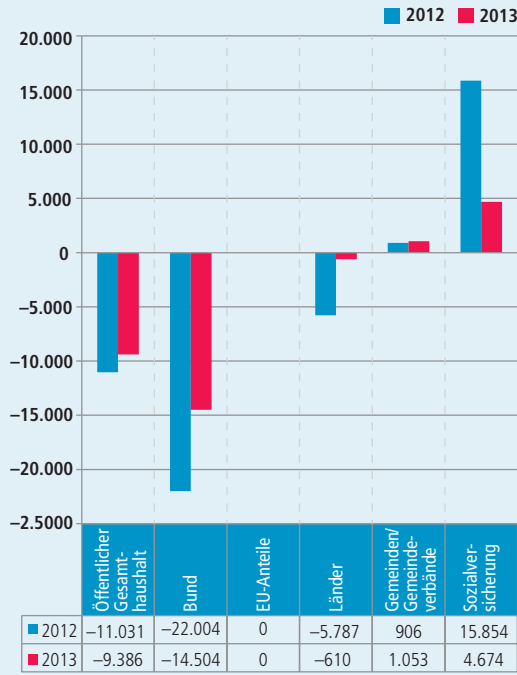


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Einnahmen und Ausgaben der Länder – Bundesländer geben nicht zu viel aus
Einnahmen und Ausgaben in Prozent am Bruttoinlandsprodukt

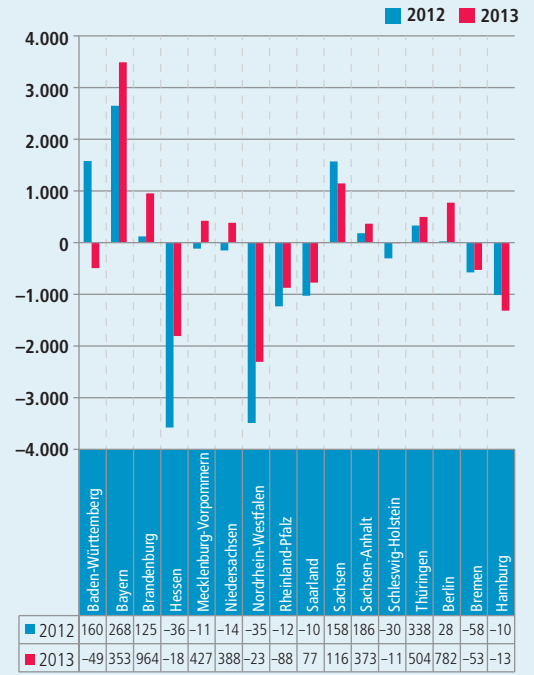
Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen

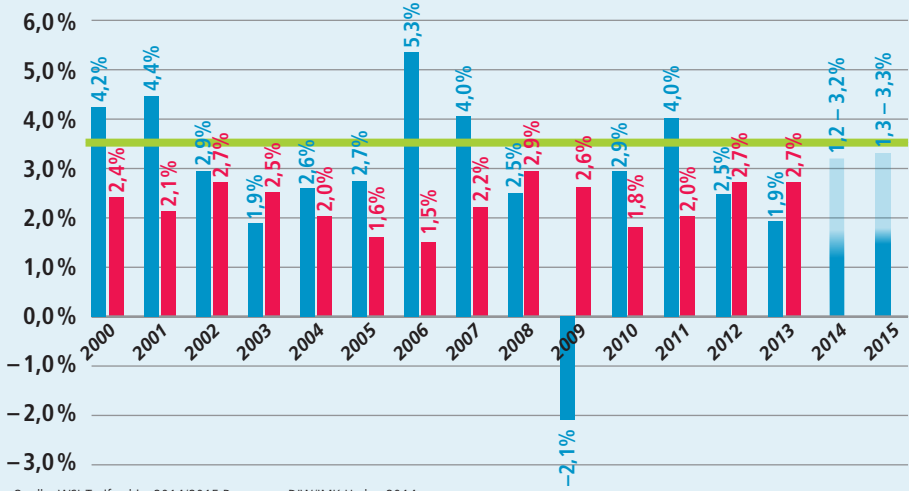


Quelle: Bundesfinanzministerium

Finanzierungssaldo der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände nach Ländern



Verteilungsspielraum (Produktivitätserhöhung + Preissteigerung) Tariferhöhung Zielmarke EZB

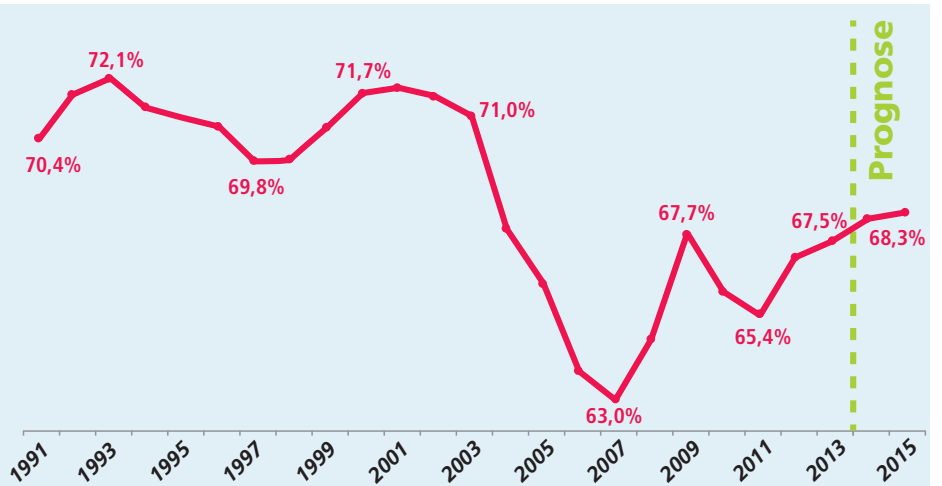


Quelle: WSI-Tarifarchiv; 2014/2015 Prognosen DIW/IMK Herbst 2014

Verteilungsspielraum und Tariferhöhung

Entwicklung der Lohnquote

Anteil Arbeitnehmerentgelt am Volkseinkommen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 2014/2015: Prognose DIW, Herbstgrundlinien, September 2014

Die drei Leitgedanken zur Besoldungsentwicklung



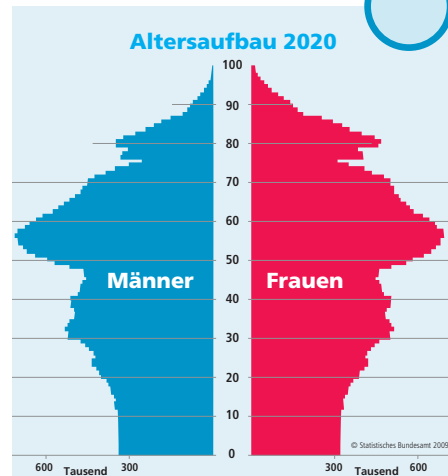
Öffentliche Dienste

Arbeitsleistung und Bedingungen für erfolgreiches Handeln: Die Menschen im öffentlichen Dienst leisten hervorragende Arbeit. Öffentliche Dienstleistungen mit hoher Qualität kommen den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft zugute. Sie bilden die Basis des Sozialstaates, ermöglichen und flankieren wirtschaftlichen Erfolg.



Teilhabe

Teilhabe an der guten Finanz- und Wirtschaftsentwicklung und Stärkung der Inlandsnachfrage: An der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung und den wachsenden Steuereinnahmen zugunsten der Länderhaushalte einschließlich der positiven Auswirkungen auf viele Städte und Gemeinden haben auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihren Anteil. Dafür gebürt ihnen eine angemessene Anerkennung ihrer Leistungen! Hinzu kommt, dass der öffentliche Dienst bei der Einkommensentwicklung nicht abgehängt werden darf.



Attraktivität

Die Rekrutierung qualifizierter Kräfte für den öffentlichen Dienst der Länder und der Kommunen, seiner Verwaltungen und Organisationen werden schwieriger. Grund ist die demografische Entwicklung. Die Länder und die Kommunen stehen zudem im Wettbewerb um geeignete Arbeitskräfte mit der Privatwirtschaft und den anderen Gebietskörperschaften.

Mitreden und mitmachen der Beamtinnen und Beamten

Zeitlicher und inhaltlicher Ablauf der Tarif- und Besoldungsrunde



Dezember 2014

- Forderungsdebatte bis Anfang Dezember
- Entscheidung über die Forderungen durch die Bundestarifkommission am 18. Dezember



ab Januar 2015

- Tarifverhandlungen und Gespräche zur Besoldung ab Februar
 - 16. Februar 2015 Auftakt
 - 26./27. Februar 2015
 - 16./17. März 2015
- Ggf. sind Aktionen erforderlich



Nach Tarifeinigung

- Gespräche mit den Landesregierungen zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung auf den Beamtenbereich

Mitreden und mitmachen der Beamtinnen und Beamten

Wir möchten, dass sich die Beamtinnen und Beamten aktiv in die Tarif- und Besoldungsrunde einbringen. Dies bedeutet, mitreden bei der Forderungsaufstellung, begleiten der Verhandlungen und mitmachen bei gewerkschaftlichen Aktionen. In den Bezirken sowie Landesbezirken von ver.di finden Veranstaltungen zur Tarif- und Besoldungsrunde im Länderbereich statt, zu deren Teilnahme auch Beamtinnen und Beamte herzlich eingeladen sind.

Besoldungsrunde

- Meinungsfindung: <http://beamte.verdi.de>
- Forderungsentscheidung Landesbezirksausschüsse



Wie kann ich mich beteiligen?

Wir werden Aktionen für Beamtinnen und Beamte organisieren und darauf aufmerksam machen!

Forderungsdebatte

Die Kernfrage lautet: Welche Forderungen gegenüber dem Dienstherrn wird erhoben und was ist realistisch zu erreichen?

Beispielsweise:

Besoldung und Versorgung

- Lineare Erhöhung? Wie hoch?
- Soziale Komponente? Welche?
- Bezügeerhöhung Anwärter/-innen?

Allgemeines Dienstrecht

- Arbeitszeitregelungen? Welche?
- Gesundheitsfürsorge?
- Berufliche Aufstiegsmöglichkeiten?

Zeitlicher Ablauf

Forderungsdebatte

- Rückmeldung bis spätestens 17. November 2014

Forderungsentscheidung

- Bundestarifkommission am 18. Dezember 2014

Lieber direkt, anstatt erst danach!

Das Ergebnis der Verhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder soll nicht Orientierung, sondern Grundlage für die gesetzliche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten in den Landes- und Kommunalverwaltungen sein.

Das ist unser Ziel und daran arbeiten wir, weil wir der Überzeugung sind, dass nur

im gemeinsamen Engagement von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten ein gutes Ergebnis zu erreichen ist.

Anders als andere, bringen wir die Interessen der Beamtinnen und Beamten direkt in die Tarifverhandlungen gegenüber der Tarifgemeinschaft Deutscher

Länder ein und führen mit den Landesregierungen frühzeitig Gespräche. Jetzt gilt es aktiv zu sein und nicht erst, wenn das Tarifiergebnis steht. Denn sich auf Zugeständnisse der Landesregierungen zu verlassen, hat sich allzu oft, als falsch erwiesen!

Die Anzahl der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Soldatinnen und Soldaten in den einzelnen Bundesländern

Land	insgesamt	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung
Baden-Württemberg	255.988	29.671	194.735	27.976	3.606
Bayern	307.974	56.891	213.026	32.219	5.838
Berlin	94.413	17.371	72.868	–	4.174
Brandenburg	47.593	11.438	33.410	1.954	791
Bremen	18.766	3.118	15.252	2	394
Hamburg	53.445	10.159	42.433	–	853
Hessen	140.848	24.130	101.026	13.453	2.239
Mecklenburg-Vorpommern	30.280	12.956	14.269	2.080	975
Niedersachsen	196.339	47.739	128.654	17.130	2.816
Nordrhein-Westfalen	406.323	67.100	268.035	64.394	6.794
Rheinland-Pfalz	107.098	24.655	71.459	9.434	1.550
Saarland	22.965	4.007	16.432	2.005	521
Sachsen	43.714	8.795	29.940	3.939	1.040
Sachsen-Anhalt	32.948	5.634	23.221	3.208	885
Schleswig-Holstein	73.719	23.407	43.619	5.438	1.255
Thüringen	42.391	7.355	31.039	3.090	907
Ausland	6.690	6.673	17	–	–
insgesamt	1.881.494	361.099	1.299.435	186.322	34.638

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auf geht's ver.di –

Beamtinnen und Beamte in Landes- und



Eva Teubert
Gruppenführerin am
IDF in Münster



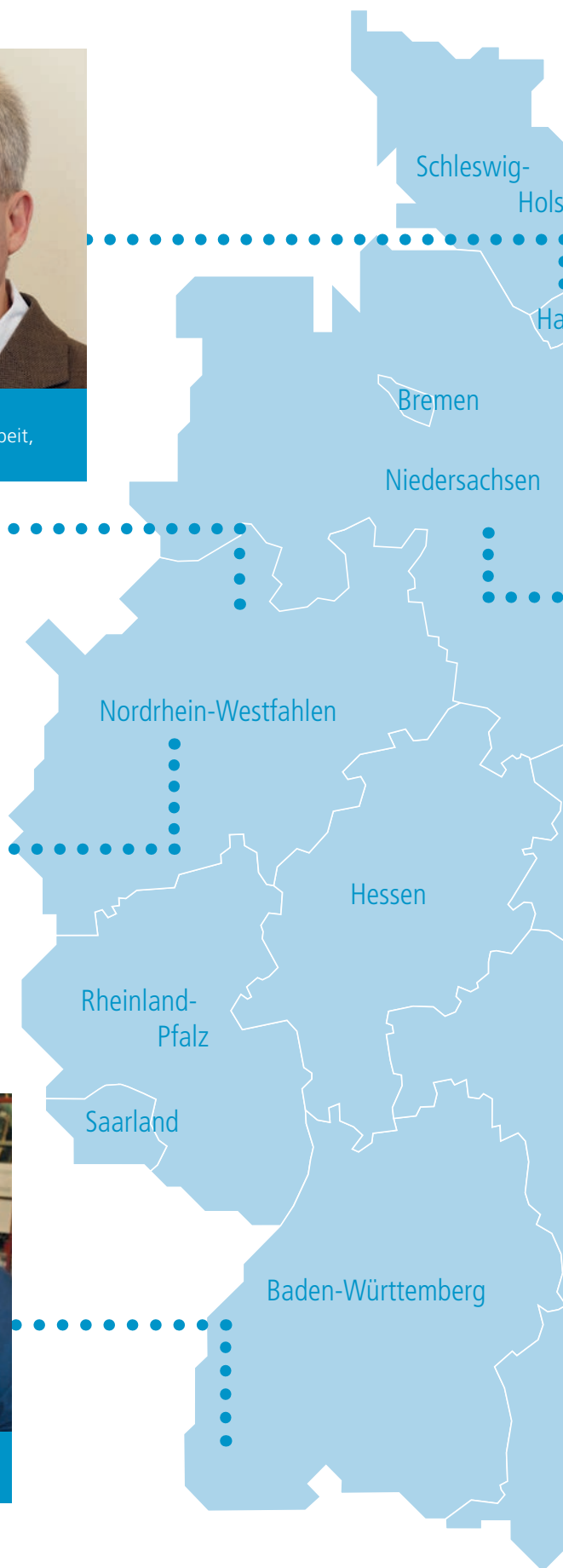
Hermann Hoth
Behörde für Bildung, Arbeit,
Familie und Integration



Thomas Eckhoff
Oberbrandmeister aus Hagen

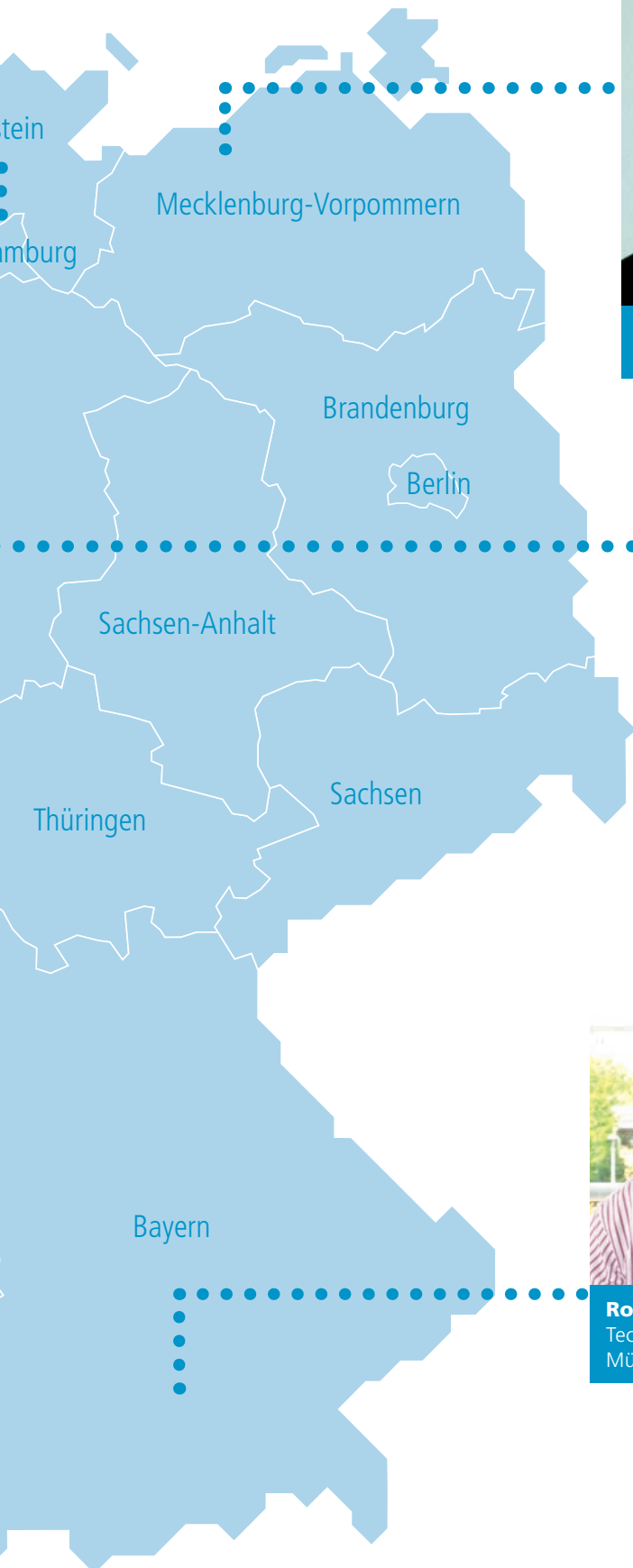


Peter Nevulis
Bibliothekar Uni Freiburg



Nicht abhängen lassen!

Kommunalverwaltungen sind mit dabei!



Andreas Lange
Beamter im Landkreis Rostock



Elisabeth Meyer-Pfeffermann
Baudirektorin, Oberfinanz-
direktion Niedersachsen



Roland Stöhr
Technische Universität
München, Außenstelle Garching

Beamtinnen und Beamte

ver.di